



Ausschusses für Kommunalpolitik

106. Sitzung (öffentlich)

25. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 2, 4 und 7 für heute abzusetzen.

1 Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9519

Vorlage 16/3244

Ausschussprotokoll 16/987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

2 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Tagesordnungspunkt wird eingangs der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9517

Stellungnahme 16/3040 (AG kommunaler Spitzenverbände)
Stellungnahme 16/3017 (LVR und Rheinische Versorgungskasse)
Stellungnahme 16/3035 (LWL und Westfälische Zusatzversorgungskasse)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN einstimmig zu.

4 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle 10

Vorlage 16/2860
Vorlage 16/2957

- Ausschussprotokoll 16/980
- Herstellen des Benehmens

Eingangs der Sitzung kommt der Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

- 5 Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen** 11
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8982
- Stellungnahme 16/3016 (Städte- und Gemeindebund/Landkreistag)
- Diskussion 11
- 6 Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern** 13
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9512
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.
- 7 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nummer 1 GewStG in der Fassung des Unternehmenssteuergesetzes 2008 vom 14. August 2007.** 14
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9579
- Eingangs der Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.
- 8 Droht das Erreichen der Belastungsgrenze der Unterbringungsinfrastruktur in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen?** 15
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3243

Ausschusses für Kommunalpolitik
106. Sitzung (öffentlich)

25.09.2015
rß-ro

Nach Abhandlung der Tagesordnung

16

Nächste Sitzungen: 1. Oktober 2015 und 30. Oktober 2015.

16

1 **Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9519

Vorlage 16/3244

Ausschussprotokoll 16/987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, das Plenum habe den Gesetzentwurf am 2. September 2015 an den AKo überwiesen. Bereits am 28. August 2015 habe der Ausschuss einen Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen gefasst. Mit Mail vom 21. September 2015 sei der Ausschuss darüber informiert worden, dass das Protokoll der Anhörung vorliege.

Mit Vorlage 16/3244 habe die Landesregierung redaktionelle Berichtigungen zum Gesetzentwurf vorgelegt. Darüber sei der Ausschuss per Mail am 23. September 2015 informiert worden.

Kai Abruszat (FDP) kündigt mit Blick auf die intensive Beratung zu dem Gesetzentwurf im Plenum der kommenden Woche an, dass seine Fraktion nach Auswertung der Anhörung dem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen werde. Insofern könne heute auf eine Debatte verzichtet werden.

Ralf Nettelstroth (CDU) ist daran gelegen, dass das Gesetz möglichst schnell umgesetzt werde, damit die Kommunen Handlungsklarheit hätten. Er wisse, dass die ersten Kommunen bereits in Planung gegangen seien. Die Anhörung habe er als eindeutig empfunden. Seine Fraktion werde dem Gesetz so zustimmen.

Er kündige allerdings an, dass seine Fraktion für das Plenum noch einen Antrag einbringen werde, der sich im Wesentlichen mit der Frage der Eigenanteilsfinanzierung befassen werde.

Mario Krüger (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen des Kollegen Abruszat an; man werde dem Gesetzentwurf zustimmen. – **Michael Hübner (SPD)** kündigt für seine Fraktion ebenfalls Zustimmung an. – Gleiches signalisiert **Torsten Sommer (PIRATEN)** für seine Fraktion.

Ina Scharrenbach (CDU) weist darauf hin, dass die Kommunen schon auf die Anlage warteten, in der die ländlichen Räume definiert würden. Viele Städte und Gemeinden planten mit dem Geld für den Breitbandausbau. Es wäre dringlich und hilfreich, dass diese Anlage bald komme.

MDgt Johannes Winkel (MIK) weist darauf hin, es gebe in der Tat eine Reihe von offenen Fragen im Umgang mit dem Gesetz. Dazu gehöre auch das von Frau Scharrenbach angesprochene Thema. Man habe seinerzeit im Rahmen der Bearbeitung des Konjunkturpakets mithilfe eines FAQ-Katalogs versucht, diese Fragestellung abzuclarbeiten. So werde dies auch in diesem Fall erfolgen. Das bedürfe aber der Abstimmung nicht nur innerhalb der Landesregierung, sondern auch mit dem Bund; denn die Antworten, die über den FAQ-Katalog gegeben würden, müssten auch vor den Augen der Prüfungseinrichtungen des Bundes Bestand haben. Insofern daure das etwas länger, als alle dies wünschten. Man sei aber dabei und werde so schnell es geht, die entsprechenden Antworten öffentlich zugänglich machen.

Mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.